

## INHALT:

Juli/August 2003

- |   |       |       |
|---|-------|-------|
| • <i>Editorial</i>  | Seite | 2     |
| • <i>Protokoll der Mitgliederversammlung im Juni</i>              | Seite | 3     |
| • <i>Vorschau auf kommende Mitgliederversammlungen</i>            | Seite | 4     |
| • <i>Neue Anträge zu verbesserter Umweltschutzpolitik</i>         | Seite | 4 - 5 |
| • <i>Haushaltsplan 2003</i>                                       | Seite | 5     |
| • <i>Kindergärten für familienfreundlichere Oststadt</i>          | Seite | 6     |
| • <i>Gifteinsatz gegen Maikäfer als ultima ratio</i>              | Seite | 7     |
| • <i>Regionalflughäfen kurz vor dem Zusammenbruch?</i>            | Seite | 8     |
| • <i>Vorläufige Übersicht zum Bundesverkehrswegeplan</i>          | Seite | 9     |
| • <i>Die Haushaltssperre des OB, und wen sie besonders trifft</i> | Seite | 10    |
| • <i>Endlich ein Reiseführer für Karlsruhe</i>                    | Seite | 10    |
| • <i>Kampf gegen die Nordtangente</i>                             | Seite | 11    |
| • <i>23. Juni: Ein schwarzer Tag für Umwelt und Natur</i>         | Seite | 11    |

**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**

**Liebe Grüne,**

im letzten Rundbrief äußerte Bettina noch die Hoffnung, dass die Stimmen, welche die soziale Unausgewogenheit der Agenda 2010 kritisierten, Gehör auf den Sonderparteitagen von SPD und Grünen finden. Nun, sie haben kein Gehör gefunden. Auch die Grünen haben die geplanten Maßnahmen am Ende mit überwältigender Mehrheit gebilligt. Dabei sah es zu Beginn der BDK nicht unbedingt danach aus. Natürlich wurde die Agenda 2010 von der gesamten Parteiprominenz, die komplett antrat, zunächst mit immer ähnlichen Argumenten verteidigt.

Im Zentrum stand die Unterstellung, dass die geplanten Maßnahmen Arbeitsplätze über die Senkung der Lohnnebenkosten bringen würden und insofern alternativlos seien. Der Begriff der fehlenden Zugangsgerechtigkeit zum Arbeitsmarkt wurde oft strapaziert und es wurde eben wieder unterstellt, dass die Agenda 2010 zu mehr Zugangsgerechtigkeit führe. Die Kritiker der Agenda wurden teilweise in den Argumentationen in eine strukturkonservative Ecke gestellt, aus der sämtliche Veränderungen abgelehnt würden.

Natürlich wurde auch der Popanz des schwarzen Gespenstes an die Wand gemalt. Wenn nicht die Grünen die Reformen machen, dann kommt es noch viel schlimmer...

Bei der dreistündigen Generaldebatte war es für die KritikerInnen in drei(!)minütigen Redebeiträgen sehr viel schwieriger, ihre Position darzustellen. Dennoch wurde die Kritik deutlich. Dabei ging es nicht nur um die soziale Unausgewogenheit der Agenda 2010, es wurde eben auch grundsätzliche Kritik an dem politischen Kurswechsel, den die Grünen vollziehen, geübt. Barbara Steffens brachte es auf den Punkt, als sie von der Fraktion verlangte, dass sie für das kämpfen solle, wofür die Grünen im Wahlkampf angetreten sind und nicht heute genau das Gegenteil propagieren solle.

Der Leitantrag des Bundesvorstandes konnte sich dann auch nur relativ knapp gegen den kritischen Antrag der NRW-LDK mit 360 zu 322 Stimmen durchsetzen. Danach wurden jedoch alle (größtenteils sehr schlecht vorgetragenen) Änderungsanträge abgelehnt, die versuchten, die geplanten Verschärfungen und Leistungskürzungen aus dem Antrag des Bundesvorstandes herauszunehmen.

Es zeigte sich für mich gerade hier wieder einmal die enorm hohe Bedeutung, die den rhetorischen Qualitäten der jeweiligen RednerInnen zukommt. Die Gabe Emotionen zu wecken, Begeisterung und Stimmung zu erzeugen, diese Fähigkeiten sind wesentlich für die Akzeptanz der vorgetragenen Argumentationen.

So wurde der im wesentlichen unveränderte Leitantrag des Bundesvorstandes, der am Vortag nur knapp gebilligt wurde, am Ende mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Die Agenda 2010 ist erst der Anfang. Es werden weitere Maßnahmen folgen müssen, weil schon jetzt klar ist, dass kurzfristige Einsparungen die grundsätzlichen Probleme der sozialen Sicherungssysteme nicht lösen werden. Der Streit über die Richtung der nötigen Reformen wird trotz der Zustimmung zur Agenda hoffentlich intensiv weiter geführt bei den Grünen.

Viele Grüße *Michaela*

**Herausgeber:** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Karlsruhe-Stadt

**Layout & Repro:** Dominik Jurkitsch - judo

**Druck:** Maier Typo&Litho GmbH, Karlsruhe

**Auflage:** 250 Exemplare

*Gedruckt auf Umweltpapier*

## Protokoll der Juni-MV

Vom 11. Juni 2003

Anwesende: 11 (davon 10 Mitglieder)

**Leitung:** Bettina Lisbach

**Protokoll:** Michael Borner

### Top 1 - Dr. Susanne Heynen vom Karlsruher Kinderbüro

Frau Heynen gibt in ihrem Referat einen Überblick in ihre tägliche Arbeit:

Sie berichtet von der Minderheitsgruppe Kinder. Bis 14 Jahren bilden Kinder nur 13,5 % der Bevölkerung. Es gibt eindeutig einen Trend, daß Kinder aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden. Dies hat zur Folge, daß Kinder einen Großteil ihrer Freizeit zuhause verbringen und dadurch anfällig sind ihre Freizeit vor PC und TV zu verbringen.

Die Kinder- und Säuglingssterblichkeit hat in den letzten Jahren sehr stark abgenommen. Im Gegenzug wird bei Kindern und Jugendlichen beobachtet, daß bei Ihnen vermehrt „Erwachsenenkrankheiten“ diagnostiziert werden. Dies muß augenblicklich damit in Zusammenhang gebracht werden, daß sich Kinder immer weniger bewegen. Frau Heynen sieht auch in diesem Punkt Indizien dafür, für die Verdrängung von Kindern aus dem öffentlichen Raum.

Armutsrisiko Kinder: Das Armutsrisiko Kinder hat das Armutsrisiko Alter abgelöst. Im Alter von 0-6 Jahren leben 9,7% aller Kinder von Sozialhilfe bzw. leben in einer Familie, die Sozialhilfe bezieht. Im Alter von 7-13 Jahren beträgt der Anteil 7,3%. Insgesamt leben 17,3 % aller Kinder von oder mit Sozialhilfe.

Kinderbüro allgemein: das Kinderbüro wurde 1992 eröffnet, es hat ihren Sitz in der Kaiserstr. 99. Das Büro hat ihre Aufgaben im Kinder- und Jugendschutz und in der Familienbildung. Im Büro findet man eine Literaturlistenbank, sowie Zeitungsarchive der BNN und der Frankfurter Rundschau. Das Kinderbüro arbeitet bei sehr vielen kommunalen Projekten in beratender Form mit. Weitere Projekte sind: Jugendredaktion „Blitz“, die früher bei Welle Fidelitas eigene Beiträge brachten; Aktionen bei Weltgesundheitsstage und Kinderaktionstage; Darbietung von Elternseminare; Müttercafes; interkulturelle Müttertreffs; Alt und Jung = Hand in Hand; Vermittlung zwischen „Leihomas“ und „Leihopas“ und „Leihenkeln“; die Vermittlung von Referenten für Kindergarten- und Elternabende; Mitarbeit in der AG „Kinder in Karlsruhe“.

Allgemein wurde von Frau Heynen berichtet, daß sie zunehmend Schwierigkeiten in der Umsetzung spez. kinderpolitischer Arbeit für Karlsruhe erwartet. So wurde z.B. bei den letzten Haushaltsplanungen im Karlsruher Gemeinderat die gewünschten 3 x 0,5 Stellen abgelehnt. An den Vortrag von Frau Heynen folgte noch eine angeregte Diskussion.

Weitere Informationen zum Kinderbüro findet man unter <http://www.karlsruhe.de/jugend/kinderbuero>.

### Top 2 - Delegiertenwahl für die LDK in Ehingen vom 27. bis 29.06.03

Es kandidieren: Heike Puzicha, Gisela Splett, Bettina Lisbach, Dominik Jurkitsch, Alexander Lange und Michael Borner. Alle Kandidaten wurden einstimmig als Delegierte gewählt.

### Top 3 - Satzungsändernder Antrag des Vorstandes zur LDK Ehingen

Abschnitt 3, 1. Satz, wird wie folgt geändert:

Im geschäftsführenden Landesvorstand darf nicht mehr als eine Person ein Mandat auf Landes-, Bundes- oder Europaebene inne haben. Im gesamten Landesvorstand dürfen nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder ein solches Mandat inne haben.

Begründung: Wir sehen in der derzeitigen Fassung des SA1 nicht die beabsichtigte Umsetzung des Ergebnisses der Urabstimmung auf die Landesebene. Auf Bundesebene ist vorgesehen, die Trennung von Amt und Mandat für ein Drittel der Vorstandsmitglieder aufzuheben. Die Regelungen für den Parteirat bleiben vom Urabstimmungsergebnis unberührt. Eine Übertragung auf Landesebenen sollte sich daher auf den geschäftsführenden Vorstand beziehen und die Trennung von Amt und Mandat für ein Drittel der Mitglieder (also eine Person) aufheben. Die Regelungen für den Parteirat blieben durch obige Regelung auch auf Landesebene weitgehend unverändert.

### Top 4 - BDK Cottbus

Im Vorfeld der BDK Cottbus wurde dem Vorstand mitgeteilt, daß es evtl. ratsamer wäre, anstatt den gesamten Karlsruher Antrag nur über Einzelanträge abstimmen zu lassen. Die Mitgliedschaft überläßt es einstimmig den Karlsruher Delegierten in die Verhandlungen zu gehen.

### Top 5 - Termine

17.6. Vorstellung der Kandidaten zum Landesvorstand der Grünen Ba.-Wü. im Kleinen Kletterer ab 20.00 h.

25.6. Kommunales Forum der Grünen Gemeinderatsfraktion im Ziegler, um 20 Uhr.

7.7. Zukunft der Schule: Veranstaltung mit Renate Rastätter und Gästen im Großen Saal des DGB, Ettlinger Str. 3, 20 Uhr.

### Top 6 - Sonstiges

Alexander Lange wird den KV Ende Juli verlassen. Es zieht ihn beruflich nach Berlin. Er bedankt sich ausdrücklich für die gute Zeit in den letzten sechs Jahren. **Der Vorstand wünscht ihm alles Gute für seine Zukunft.**

Michael Borner

**Mitgliederversammlungen jeden 2. Mittwoch im Monat  
um 20 Uhr im „Viktoriagarten“ - Viktoriastr. 7**

Nächste **Mitgliederversammlung am 9. Juli 2003**

- Top 1** Diskussion der Finanzplanung für 2003
- Top 2** Delegiertenwahl zum Landesfinanzrat  
*Kandidat:* Holm-Eric Fengler, Vorstand Finanzen;  
*Kandidat als Ersatzdelegierter:* Michael Borner
- Top 3** Entlastung des Kassierers für 2001, Bericht der Kassenprüfer
- Top 4** Wahl von Kassenprüfern für das Jahr 2002
- Top 5** Bericht der Delegierten von der BDK in Cottbus
- Top 6** Bericht der Delegierten von der LDK in Ehingen

**Die August MV entfällt!**

**Die September MV findet eine Woche später statt!**

Für die folgenden Mitgliederversammlungen sind bisher diese Themen geplant:

**September MV am 17. 9. 2003**

- Winfried Kretschmann, MdL und Fraktionsvorsitzender der Grünen Landtagsfraktion referiert
- Diskussion über die mittelfristige Finanzplanung des Vorstandes bis 2007

**Oktober MV am 8. 10. 2003**

- Kommunalwahl 2004: Diskussion zur Listenaufstellung, Wahlkampfplanung etc.
- Delegiertenwahl für die BDK in Dresden vom 28. bis 30.11. (drei Delegierte)

**November MV am 12. 11. 2003**

- Listenaufstellung zur Kommunalwahl 2004

**Dezember MV am 10. 12. 2003**

- Neuwahl des Kreisvorstandes Karlsruhe

Aus der Gemeinderatsfraktion

Pressemitteilung vom 10. Juni 2003

**GRÜNE Umweltschutzinitiativen:  
Luftreinhalteplan - Umweltbericht -  
Öko-Audit**

**Mit 2 neuen Anträgen möchten die GRÜNEN im  
Karlsruher Gemeinderat die Umweltschutzpolitik  
der Stadt vorantreiben.**

„Nach über einem Jahrzehnt ist es notwendig,  
dass der Luftreinhalteplan fortgeschrieben wird,“

schreibt der umweltpolitische Sprecher der GRÜNEN Fraktion, Harry Block, in seinem Antrag. „Ebenso ist es an der Zeit einen Umweltbericht über den Luft- und Lärmzustand unserer Stadt zu erstellen.“ Die Unzufriedenheit von vielen BürgerInnen in besonders betroffenen Stadtteilen über fehlende Lärmschutzmaßnahmen mache den Handlungsbedarf deutlich.

**Der Antrag von Harry Block im Wortlaut:**

1. Die Stadt Karlsruhe legt einen Umweltbericht zu den Themenbereichen Natur- und Landschaftsschutz, Grundwasserschutz, Oberflächengewässer, Bodenschutz- und Altlasten, Luftreinhaltung, Lärm-

# Haushaltsplan 2003

	2002 <i>Plan</i>	2002 <i>Ist</i>	2003
<b>Einnahmen</b>	<b>56.535</b>	<b>57.738</b>	<b>51.460</b>
Mitglieds-Beiträge	21.900	21.146	21.100
Sonderbeiträge	8.100	8.100	8.100
Spenden	10.000	5.501	8.000
Auslagenverzicht	2.500	6.027	2.500
Veranstalt. / Sonst.	1.250	958	0
Zinsen	1.500	1.879	1.500
Untervermietung	3.600	3.068	3.600
Staatliche Mittel	7.685	7.858	4.500
Zuschuss von anderen KV			1.200
Zuschuss vom Landesverband		3.201	960
<b>Ausgaben</b>	<b>69.763</b>	<b>66.790</b>	<b>50.516</b>
Personalkosten	7.000	8.419	12.616
Miete	7.695	7.785	7.800
Telefon	1.000	1.091	1.000
Porto	500	279	300
Vervielfältigungen	600	408	400
Sonst. Bürokosten	2.076	1.562	1.600
Auslagen (Spesen, Fahrtkosten)	7.669	8.880	7.700
Politische Arbeit	7.823	3.067	3.000
Rundbrief	2.500	4.300	3.700
Wahlkampf	20.000	18.593	0
Sonst. (Bankgebühren, Abschreibung...)	900	1.052	1.000
Abführung LV	12.000	11.353	11.400
<b>Gewinn / Verlust</b>	<b>-13.228</b>	<b>-9.053</b>	<b>944</b>
<b>Geld (Kasse, Giro)</b>		<b>13.535</b>	<b>14.479</b>
<b>Rücklagen</b>		<b>50.000</b>	<b>50.000</b>
<b>Gesamtvermögen</b>		<b>63.535</b>	<b>64.479</b>

schutz und Klimaschutz in der Stadt Karlsruhe und ihren Töchtern vor.

- Die Stadt Karlsruhe arbeitet in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe an der Fortschreibung des Luftreinhalteplans von 1990.

Im November 1999 hatte die Stadtverwaltung dem Gemeinderat einen ersten Zwischenbericht zum Öko-Audit vorgelegt. Der Gemeinderat nahm damals den 1. Öko-Audit-Zwischenbericht zustimmend zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung, das vorgeschlagene Konzept umzusetzen. Der Antrag des wirtschaftspolitischen Sprechers der GRÜNEN, Klaus Stapf, zielt vor allem auf die Durchführung von Öko-Audits bei allen städtischen Beteiligungen.

#### Der Antrag von Klaus Stapf im Wortlaut:

- Der Stadt stellt den Status quo der Durchführung von Öko-Audits bei allen städtischen Beteiligungen an eigenständigen Gesellschaften, Unterneh-

**Grün wirkt!**

men und Stiftungen dar und berichtet über die in den Gesellschaften gemachten Erfahrungen. Aufgezeigt werden Existenz, Regelmäßigkeit, Kosten, Ergebnisse und Fortschritte.

- Die Stadt fordert bei allen Beteiligungen an Gesellschaften, Unternehmen und Stiftungen, bei denen kein Beschluss zur Durchführung von Öko-Audits besteht oder bei denen trotz Beschluss kein Öko-Audit durchgeführt wird, in ihrer Rolle als Gesellschafterin die Einführung bzw. Umsetzung von Öko-Audits.

Aus der Gemeinderatsfraktion

Pressemitteilung vom 13. Juni 2003

## **GRÜNE im Karlsruher Gemeinderat: Wenn die neue Karlsruher Südost- stadt familienfreundlich bleiben soll, muss rasch der erste Kindergarten her**

### **Die DB-Bahn-Service-GmbH muss ihrer sozialen Ver- antwortung gerecht werden**

Die GRÜNEN im Karlsruher Gemeinderat drängen auf eine rasche Errichtung einer ersten Kindertageseinrichtung in der neuen Südoststadt. Mit einem Antrag an den Gemeinderat soll dies forciert werden. Die Stadtverwaltung soll beauftragt werden, mehr Druck zu machen.

Der Hintergrund: Laut Bebauungsplan sind im neuen Stadtteil Südoststadt zwei Kindertageseinrichtungen und eine Grundschule vorgesehen. Die DB-Service-GmbH, die das Areal vermarktet, hat es bis jetzt nicht geschafft, den 6-geschossigen Gebäudeblock 2 zu veräußern, in dessen Erdgeschoss die eine Kindertageseinrichtung vorgesehen ist. Potentielle Investoren für eine Kindertageseinrichtung sind bereits wegen unvereinbarer Preisvorstellungen über den Erwerb des gesamten Blockgebäudes abgesprungen. Die GRÜNEN drängen nun darauf andere Veräußerungsmodelle zu prüfen, z.B. eine gestückelte Vermarktung des Gebäudeblocks 2.

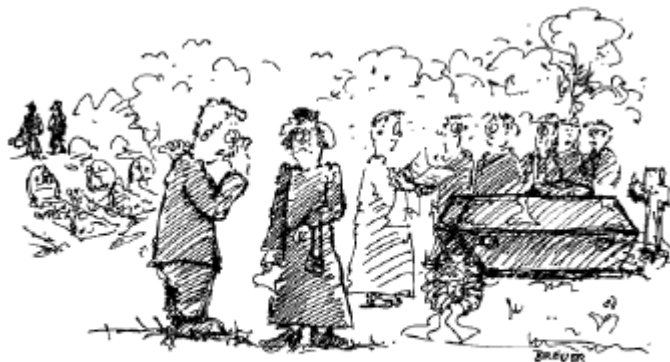
Fraktionssprecherin Christa Caspari dazu: „In der neuen Südoststadt hält der Zuzug v.a. junger Familien an. Bezüglich der sozialen Infrastruktur hat sich aber noch nichts getan. Es ist nur schwer nachvollziehbar,

Die Zukunft im E-Crime eröffnet kreativen  
Geschäftsideen mannigfaltige Möglichkeiten.  
Zur Zeit legen wir vom Arbeitsamt gerade  
ein millionenschweres Umschulungsprogramm auf.



www.breuer-cartoon.de

www.breuer-cartoon.de



Da hinten stehen zwei Leute von ENDEMOL,  
Hilde, und fragen, ob sie im Sarg von deinem  
Paul eine Kamera installieren dürften, sie würden  
auch gut bezahlen...

wie Familien dauerhaft für die Südoststadt gewonnen werden sollen, wenn dort keine Kindertageseinrichtungen vorhanden sind. Das abschreckende Beispiel vom Geroldsacker - dort fehlte über Jahre eine soziale Infrastruktur - darf sich nicht wiederholen. Schlimm ist, dass in den angrenzenden Stadtteilen bereits jetzt keine Kindergartenplätze mehr frei sind. Deshalb muss von den in der Planung vorgesehenen 2 Kindergärten für die Südoststadt ein erster so schnell wie möglich gebaut werden. Die DB-Bahn-Service-GmbH sehen wir dabei in der sozialen Verantwortung dafür, dass sie bei der Vermarktung des Areals auch die Planziele beachtet, nämlich die rechtzeitige Errichtung der sozialen Infrastruktur - 2 Kindergärten und eine Grundschule.“

### **Der Antrag im Wortlaut:**

1. Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung, in weiteren Verhandlungen die DB-Service-GmbH auf ihre soziale Verantwortung hinsichtlich des neuen Stadtteils hinzuweisen.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung, direkt mit der DB-Service-GmbH in Verhandlungen aufzunehmen bezüglich der Realisierung einer Kindertageseinrichtung in der Südoststadt im 1. Bauabschnitt. Dabei ist vor allem darauf zu drängen, dass die DB-Service-GmbH sich bereit erklärt den Gebäudeblock 2, in dem die Kindertageseinrichtung vorgesehen ist, abschnittsweise zu veräußern. In diesem Falle wäre es möglich, dass die Stadtverwaltung nur den für die Kindertageseinrichtung vorgesehenen Gebäudeanteil erwirbt.

Aus der Landtagsfraktion

Pressemitteilung vom 3. Juni 2003

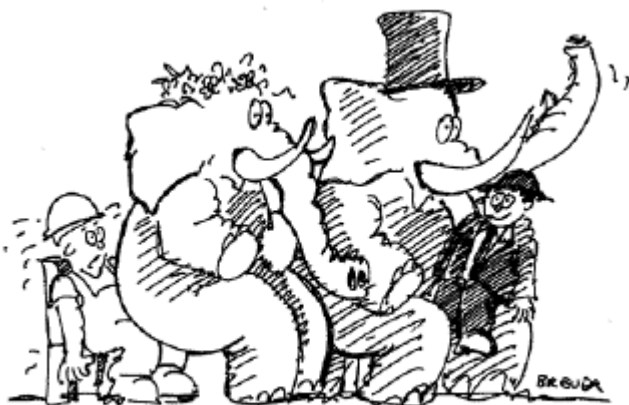
Maikäferbekämpfung im Hardtwald wurde aufgrund grüner Initiative im Landwirtschaftsausschuss des Landtags behandelt:

**MDL Renate Rastätter (GRÜNE):**

**„Landesregierung rechtfertigt Gifteinsatz gegen Maikäfer in den Gemeinden Malsch, Durmersheim und Bietigheim und hält am künftigen Gifteinsatz als ultima ratio fest“**

Aufgrund eines parlamentarischen Antrags der Karlsruher Landtagsabgeordneten Renate Rastätter, u.a. (Drs. 13/1881) wurde das Thema Gifteinsatz gegen Maikäfer im Hardtwald in der letzten Sitzung des Landwirtschaftsausschusses behandelt. Frau Rastätter übte heftige Kritik daran, dass trotz der Zusagen an den Landesnaturschutzverband und an die Grünen - auch in der Antwort auf den parlamentarischen Antrag - in diesem Jahr auf den geplanten Gifteinsatz zu verzichten, das hochgiftige Insektizid Dimethoat in den Hardtwäldern der Gemeinden Malsch, Durmersheim und Bietigheim eingesetzt wurde.

ELEFANTENHOCHZEIT



[www.breuer-cartoon.de](http://www.breuer-cartoon.de)

Die Landesregierung rechtfertigte sich mit dem Hinweis, dass sie lediglich Zusagen für die Natura 2000 Gebiete, die unter europäischen Schutz stehen, gemacht habe. Dazu gehörten aber nicht die Wälder der betroffenen Gemeinden. Diese hätten Anträge

gestellt, die die Staatliche Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt des Landes in Freiburg schlecht ablehnen konnte. Diese Rechtfertigung lässt Frau Rastätter nicht gelten: „Die Kritiker des Gifteinsatzes gingen selbstverständlich davon aus, dass es in diesem Frühjahr zu überhaupt keinem Gifteinsatz kommt. Somit ist die Vorgehensweise der Landesregierung ein windiges Täuschungsmanöver, um die Kritiker am Gifteinsatz zum Verstummen zu bringen. Sowohl wir Grünen als auch die Naturschutzverbände wurden hinters Licht geführt.“ Im Übrigen widerspricht sich die Landesregierung selbst in eklatanter Weise. Wenn sie argumentiert (siehe Drs. 13/1881), dass deshalb auf den Gifteinsatz in den Natura 2000 Gebieten verzichtet wird, weil „eine erhebliche Beeinträchtigung besonders geschützter Arten nicht ausgeschlossen werden konnte“ (siehe Antwort auf Drs. 13/1881), dann gilt dieses Argument selbstverständlich auch für die Gemeindewälder. Völlig verschwiegen hat die Landesregierung der Öffentlichkeit, dass das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, bei dem eine Landesbehörde vor der Genehmigung eines nicht im Anwendungsgebiet zugelassenen Pflanzenschutzmittels eine Stellungnahme einholen muss, empfohlen hat, keine Genehmigung für den Einsatz von Perfekthion (Produktname für Dimethoat) zu erteilen.

Mit Verweis auf abgestorbene Waldflächen in Hessen durch Maikäferbefall will die Landesregierung auch künftig Gifteinsatz, sogar in Natura 2000 Flächen, nicht ausschließen, erklärte der Vertreter der Landesregierung in der Ausschusssitzung. „Die Landesregierung setzt wieder einmal auf die einfachste Lösung“, kritisiert Frau Rastätter. „Die Gifkeule wirkt zwar sofort, aber nicht langfristig. Vor allem aber vernichtet sie gleichzeitig die Lebewesen, die man zu schützen vorgibt.“

Frau Rastätter hat im Ausschuss einen ausführlichen Bericht über die Auswirkungen des Gifteinsatzes beantragt. Dieser Bericht soll den „Erfolg“ der Bekämpfung beinhalten und die negativen ökologischen Folgen darstellen (z.B. Beifänge geschützter Arten). Dies wurde zugesichert.

Erneut hat Frau Rastätter eine Intensivierung der Erforschung, Entwicklung und Förderung wirksamer und ökologisch unschädlicher Mittel gegen Maikäferbefall in den Wäldern im Ausschuss angemahnt. „Bei der Prävention ist eindeutig zu wenig in den letzten Jahren passiert. Die Prioritätensetzung muss endlich umgekehrt werden. Statt kurzfristiger Giffbekämpfung sind langfristige Strategien zu entwickeln. Wir können uns angesichts der immer länger werdenden Listen bedrohter und ausgestorbener Tier- und Pflanzenarten nicht mehr leisten, Ultragifte in der freien Naturlandschaft einzusetzen“, so Frau Rastätter abschließen.

Auf diese Frisur wurde kürzlich ein Patent angemeldet, da muss ich ihnen ein paar Mark Lizenzgebühren extra berechnen...



www.breuer-cartoon.de

Bündnis90/Die Grünen  
im Landtag Baden Württemberg

**Verkehrsinform II/03 März (Ausschnitt)**

## **Regionalflughäfen Karlsruhe/ Baden-Baden (Söllingen) und Lahr: Zwischen Zusammenbruch und neuen Wünschen**

Der von der Landesregierung vorangetriebene Regionalflughafen in Karlsruhe-Söllingen steht mangels Nachfrage vor dem finanziellen Zusammenbruch und braucht neue öffentliche Mittel. Gleichzeitig wollen die Betreiber des ehemaligen Militärflughafens Lahr neu in den Passagierverkehr einsteigen. Eine Zwickmühle für die Landesregierung.

Die Grünen, die der weiteren Ausweitung des Flugverkehrs kritisch gegenüber stehen, haben eine klare Position.

### **Regionalflughafen Karlsruhe - Baden-Baden**

Der Karlsruher Baden-Airpark ist entgegen euphorischen Erwartungen nicht richtig in Gang gekommen. Im Jahr 2002 lag die Zahl der Passagiere bei 205.000 oder 550 Passagieren je Tag. Zum Vergleich: Flughafen Stuttgart 7,5 Mio. Passagiere, Flughafen Frankfurt/Main 50 Mio. Passagiere. Die mangelnde Nachfrage hat Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit. Im Jahr 2002 entstand ein Verlust von 9 Mio. Euro/Jahr (oder 44 Euro je Passagier). Im Sommer 2003 wird das Eigenkapital aufgezehrt sein.

Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg wenden sich gegen weitere Steuermittel aus der Landeskasse für den Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden.

- Angesichts der ohnehin bestehenden zahlreichen (Steuer-)Vergünstigungen für den Flugverkehr darf es keine weiteren staatlichen Subventionen für Flughäfen geben.
- Die aktuelle kritische Haushaltslage des Landes unterstreicht diesen Grundsatz nochmals.
- Wenn es dauerhaft keine ausreichende Nachfrage und damit eine eigenwirtschaftliche Grundlage für den Flughafen gibt, so ist angesichts der Flughafendichte im Rheintal kein Grund für eine dauerhafte öffentliche Subventionierung eines Flughafens zu erkennen. Der Flughafen Strasbourg-Entzheim liegt nur 40 Kilometer von Söllingen entfernt. Der Flughafen Frankfurt ist von Karlsruhe aus in einer guten Zugstunde zu erreichen.

### **Flughafen Lahr**

Die Betreibergesellschaft des Flughafens Lahr („Black Forrest Airport“) hat einen Antrag auf Genehmigung des gewerblichen Passagierverkehrs gestellt. Während bspw. die SPD-Landtagsfraktion dieses Anliegen unterstützt, steht CDU-Verkehrsminister Müller dem Wunsch ablehnend gegenüber. Auch die Grünen im Landtag lehnen eine Öffnung des Flughafens Lahr für den Personenflugverkehr ab:

- Die große Flughafendichte im Oberrheingraben (Basel/Mulhouse, Strasbourg/Entzheim, Söllingen) spricht gegen die weitere Verteilung des Flugverkehrs auf weitere Standorte.
- Im Generalverkehrsplan des Landes und im Landesentwicklungsplan ist die Funktion von Lahr daher bewusst auf einen Frachtflughafen beschränkt.
- Eine Öffnung von Lahr für den Personenverkehr würde die Konkurrenzsituation mit dem Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden (Söllingen), der nur rund 50 Kilometer entfernt liegt, noch mehr verstärken. Es besteht daher die Gefahr dauerhaft zwei Subventionsbittsteller zu haben. Daher ist die Konzentration auf weniger Standorte die richtige Entscheidung.

Verantwortlich für den Ausschnitt -

Michael Borner

**BORIS PALMER, MdL**

*Umwelt- und verkehrspolitischer Sprecher*

Konrad-Adenauer-Straße 12  
70173 Stuttgart

## **Vorläufige Übersicht BVWP (Bundesverkehrswegeplan)-Liste Baden-Württemberg (Ausschnitt)**

### **REGIONALE BEWERTUNGEN**

#### **Mannheim/Heidelberg**

Nirgendwo im Land ist das Autobahnnetz dichter als im Rhein-Neckar-Dreieck. Dennoch wird die A 6 wegen des wachsenden Ost-Westverkehrs von Sinsheim bis Mannheim für 285 Mio. € auf sechs Spuren erweitert. Auch die A 61 von der Landesgrenze bis zum AD Hockenheim wird zwei Spuren breiter. Mit dem Bau der B 535, einem unsinnigen Projekt zur Freiraumzerschneidung zwischen Schwetzingen und Plankstadt, zwei von Autobahnen ringsum eingekesselten Städten, wurde formal leider schon begonnen. Darüber hinaus ist nur noch die OU Mühlhausen (B 39) vordringlich. In der Summe ein Volumen von 380 Mio. € Trotz allfälliger Proteste bleibt der parallele Ausbau der A 5 im weiteren Bedarf, die B 3 bei Leimen und die B 38 Südtangente von Mannheim entfallen ganz. Gegenüber der Landesliste werden rund 120 Mio. € gestrichen. In der Region werden ganz anders als in Karlsruhe die verfügbaren Mittel durch den Autobahnbau absorbiert. Ökologisch ist das vorteilhafter als neue Freiraumzerschneidung.

#### **Karlsruhe**

Der Ausbau der Autobahnen um Karlsruhe ist abgeschlossen, nun sind die Bundesstraßen im Visier. In der Region sind so viele Projekte bereits in Bau oder planfestgestellt, dass keine neue Maßnahmen in den vordringlichen Bedarf aufrücken. Berücksichtigt werden wegen des fortgeschrittenen Planungsstandes aber wenig effiziente Maßnahmen wie Umfahrungen der B 3 von Wolfartsweyer und Sandweier und für die Grünen inakzeptable Freiraumzerschneidungsmaßnahmen wie die B 10 Nordtangente. Die B 36 Graben-Neudorf und Durmersheim-Bietigheim wird ebenfalls gebaut, jedoch mit grüner Zustimmung. In der Summe sind Maßnahmen mit einem Volumen von 175 Mio. € als vordringlich eingestuft.

Aus grüner Sicht erfreulicher ist, dass Straßenbauwünsche im Wert von 300 Mio. € unerfüllt bleiben. Die autobahnparallelen Neubauten der B 3 unterbleiben in Zukunft.

Hier wurden aufeinanderfolgende Ortsumfahrungen mit einer Gesamtlänge von 23km ganz aus dem Bedarfsplan herausgenommen. Der vierspurige Ausbau der B 10 Nordtangente, die neue B 10 bei Berghausen, die B 35 bei Bruchsal und Helmsheim, die Südwesttangente Bretten der B 294 sowie der vierspurige Ausbau der B 462 bei Gaggenau sind alleamt in den weiteren Bedarf verwiesen. Keines dieser Projekte ist unter ökologischen und finanziellen Gesichtspunkten zu rechtfertigen. Man fragt sich, warum die Region den Erfolg der Stadtbahn nicht nutzen will, um auf die flächendeckende Asphaltierung der Grünzüge zu verzichten.

#### **Ortenau**

Viel Aufsehen erregt am Oberrhein das Ende des sechsspürigen Ausbaus der A 5. Dabei wird gerne übersehen, dass der Bund für den Ausbau zwischen Baden-Baden und Offenburg volle 220 Mio. € investiert. Diese Maßnahmen sind durch den Planungs- und Baufortschritt nicht mehr zu stoppen. Dazu kommen nochmals 60 Mio. € für den Neubau der B 33 von der Autobahn bis zum Knoten B33/B3 und die B 28 Umfahrung von Oberkirch und Lautenbach, in der Summe also 280 Mio. €. Der vom Land als vordringlich angemeldete Ausbau der B 33 auf vier Spuren zwischen Offenburg und Steinach bleibt im weiteren Bedarf. Abgestuft wird die B 33 OU Haslach. Das Projekt würde die Talau zerschneiden, wir fordern den Ausbau auf der Bestandsstrasse.

*Verantwortlich für den Ausschnitt - Michael Borner*



Aus der Gemeinderatsfraktion

Pressemitteilung vom 2. Juni 2003

## Wer zahlt die Zeche?

### Haushaltssperre des Oberbürgermeisters trifft Benachteiligte und Familien mit Kindern in Karlsruhe besonders hart

Die vom Karlsruher Oberbürgermeister Heinz Fenrich verhängte Haushaltssperre von 5 Prozent treffen, was die Freiwilligen Leistungen angeht, sozial Benachteiligte und Familien mit Kindern besonders hart, so die Auffassung der Sprecherin der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion Karlsruhe, Christa Caspari. Beispielhaft nennt Christa Caspari den Karlsruher Pass, dessen verbleibendes Angebot nach den Kürzungen im Doppelhaushalt und der jetzt verhängten Sperre nur noch ein Torso darstellt.

„Wir haben schon lange genau davor gewarnt“, so Christa Caspari. „Jahrelang haben sich im Gemeinderat stets Mehrheiten für kostenträchtige Großvorhaben gefunden - so lange, bis jetzt die Notbremse gezogen werden muss. Die vom OB verhängte Sperre ist aus der aktuellen Haushaltssituation her plausibel. Aber sie ist letztlich auf Fehlentscheidungen der letzten Jahre zurück zu führen.“

Nun herrscht das Chaos. Die bürgerfreundliche BUGA wurde für das völlig unsichere Projekt Europäische Kulturhauptstadt geopfert. Mit der jüngsten Haushaltssperre sind jetzt sozial Benachteiligte, Vereine, Organisationen, engagierte Bürgerinnen und Bürger dran. Betroffen sind die Bereiche Kultur, Sport, Soziales und Umwelt.“

Als beispielhaft führt Christa Caspari den Karlsruher Pass an, der SozialhilfeempfängerInnen zugute kommt. Bereits das bisherige Angebot ist von den GRÜNEN als zu eng kritisiert worden. Es beinhaltete eine Jahreskarte für den Zoo, Bädergutscheine, Freifahrkarten für die Straßenbahn und einen Ferienpass für Kinder. Die bisher 10 (!) Bädergutscheine sind nun auf Grund der Sperre erst einmal gestrichen worden. Auch die Freifahrten für die Straßenbahn wurden reduziert.

„Hier wirkt sich das Gießkannenprinzip sehr drastisch aus. Jahrelang ist aus dem Vollen geschöpft worden mit Messe, ECE, U-Strab, Baden Airpark usw.. Olympiastadt wollte man werden und Europäische Kulturhauptstadt. Jetzt ist der Bogen überzogen. Was uns dabei besonders ärgert, ist, dass genau dann, wenn es wirklich eng wird, die BürgerInnen, und da vorab Familien und sozial Schwächere besonders hart getroffen werden“, so Christa Caspari abschließend.

Aus der Gemeinderatsfraktion

Pressemitteilung vom 3. Juni 2003

## Was lange währt wird endlich gut – GRÜNE begrüßen Reiseführer für Karlsruhe

„Es ist schon ein Meilenstein in der Selbstdarstellung Karlsruhes, dass bald ein Reiseführer über unsere Stadt überall im Buchhandel erhältlich sein wird“, nehmen die GRÜNEN im Karlsruher Gemeinderat zu Medienberichten über das Erscheinen eines Reiseführers in 2004 beim Dumont Verlag Stellung.

In zwei Anträgen - 1999 und 2001 - hatten die GRÜNEN auf das Problem hingewiesen, dass Karlsruhe im Angebot von Reiseführern nicht vertreten ist. Wer sich derzeit noch vor Reiseantritt nach Karlsruhe per Reiseführer informieren will: Fehlanzeige. Verlage wollten das Risiko nicht alleine tragen. Die Stadtverwaltung gab vertröstende Antworten.

„Mit dem nun endlich angekündigten Erscheinen des Reiseführers“, so die GRÜNEN, „wird eine echte Lücke in der Präsentation unserer Stadt geschlossen. Die Realisierung dieses Projekts ist für uns gutes Beispiel für Stadtmarketing. Karlsruhe präsentiert sich mit dem was es ist und was es anzubieten hat. Karlsruhe steigt endlich in die Reihe der vielen Städte auf, über die man in jeder Buchhandlung einen renommierten Reiseführer erhalten kann.“

WEISST DU EIGENTLICH,  
WAS MIT SCHERHOLDER GEMEINT IST?



www.breuer-cartoon.de

Aus der Gemeinderatsfraktion

Pressemitteilung vom 13. Juni 2003

## **GRÜNE kämpfen weiterhin gegen die Nordtangente**

Auch weiterhin halten es die GRÜNEN für einen Fehler, die Nordtangente im Bundesverkehrswegeplan in den „vordringlichen Bedarf“ aufzunehmen.

„Die Nordtangente in der geplanten Form und insbesondere den geplante Einstieg mit dem Bau eines Teilstücks der Nordtangente-Ost halten wir für rechtswidrig und haben dies jüngst in einem Schreiben sowohl dem Verkehrsministerium als auch dem Bundesrechnungshof mitgeteilt“, führt Dr. Gisela Splett, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen Gemeinderatsfraktion aus.

In ihrem Schreiben hat die Gemeinderatsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN darauf hingewiesen, dass das Straßenbauvorhaben gegen mehrere Grundsätze des Bundesfernstraßenbaus verstößt: Es ist als Gesamtprojekt nicht geeignet, den Fernverkehr zu verbessern. Zudem wird mit dem falschen Planungsabschnitt begonnen; und dieser stellt eine verdeckte Finanzierung einer gemeindlichen Erschließungsstraße dar. Hinzu kommt das sehr hohe Umweltrisiko (es sind mehrere Natura-2000-Gebiete betroffen), ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis und die Tatsache, dass die sogenannte Nord-„Tangente“ das Stadtgebiet zerschneiden und zu weiteren Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger führen wird.

Für die Entlastung Hagsfelds gibt es wahrlich sinnvollere Lösungen. Und auch die BewohnerInnen der Waldstadt, der Nordstadt, Neureuts, der Nordweststadt und Knielingens wären gut beraten, gegen die Nordtangente Druck zu machen.

Zu wenig Beachtung findet nach Ansicht der GRÜNEN auch die Tatsache, dass bei alleiniger Inbetriebnahme der Nordtangente-Ost der Adenauer-Ring täglich 10.000 bis 20.000 Kraftfahrzeuge mehr verkraften müsste. Diese müssten sich ihren Weg durch die Weststadt und Mühlburg nach Westen suchen. Verkehrschaos statt Entlastung wäre die Folge.

Aus der Gemeinderatsfraktion

Pressemitteilung vom 20. Juni 2003

## **Sitzung der Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbands Karlsruhe am 23. Juni wird ein schwarzer Tag für Umwelt und Natur werden**

Nach Ansicht der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion ist der 23. Juni 2003 ein schwarzer Tag für Natur und

Umwelt im Gebiet des Nachbarschaftsverbands Karlsruhe. Dann nämlich steht der Beschluss des Flächennutzungsplans 2010 durch die Verbandsversammlung auf der Tagesordnung.

Wie die zahlreichen kritischen Stellungnahmen, die von ehrenamtlichem und amtlichem Naturschutz im Verlauf des achtjährigen Verfahrens abgegeben wurden, und die vielen ungelösten Konflikte zwischen Landschafts- und Flächenutzungsplan zeigen, erfüllt das Planwerk in keiner Weise die Zielsetzungen einer natur- und umweltverträglichen Bauleitplanung. Im Gegenteil: Statt ein gemeinsames, nachhaltiges Flächenmanagement zu betreiben bemühen sich offenbar viele Gemeinden, innerhalb ihrer Grenzen möglichst viel Bauland auszuweisen. Insgesamt werden damit viel zu viel Flächen für Bebauung ausgewiesen. Allein für die Gewerbegebiete räumt der Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplanentwurf selbst einen rechnerischen Überschuss von 220 ha ein.

Zudem ignoriert der jetzt vorliegende Entwurf wichtige Naturschutzbelange. Selbst die bisher schon gemeldeten NATURA-2000-Gebiete sollen nur redaktionell in den Flächennutzungsplan übernommen werden. Eine echte Berücksichtigung hat nicht stattgefunden.

Einige besonders problematische Flächen wie die „Hub“ in Karlsruhe-Durlach und „Fischweier“ in Marxzell-Burbach sind zwar aufgrund der bestehenden regionalplanerischen Restriktionen im jetzt zu beschließenden Flächennutzungsplan nicht enthalten. Da sich der Nachbarschaftsverband aber - ungeachtet der Einwendungen zahlreicher Bürgerinnen und Bürger und entgegenstehender naturschutzrechtlicher Bestimmungen - bemüht, diese Flächen als Einzeländerungen doch noch in Bauflächen zu verwandeln, kann auch diesbezüglich bei den GRÜNEN keine Freude aufkommen.

Als nächster Schritt nach dem Beschluss der Verbandsversammlung steht die Vorlage des Flächennutzungsplans zur Genehmigung durch das Regierungspräsidium an. Die GRÜNE Gemeinderatsfraktion hofft, dass die Genehmigungsbehörde sich kritisch mit der rechtlichen Zulässigkeit der verschiedenen Bauflächenausweisungen auseinandersetzen wird.

Zweifel bezüglich der rechtlichen Zulässigkeit haben die GRÜNEN insbesondere im Bereich des „Alten Flugplatzes Karlsruhe“. Zum einen wurde das FFH-Gebiet - auch nach Ansicht der EU-Kommission - nicht korrekt abgegrenzt, zum anderen wurden die Bestimmungen der FFH-Richtlinie im Hinblick auf die bauleitplanerischen Abwägung nicht ausreichend berücksichtigt. Die GRÜNEN hoffen deshalb, dass das Regierungspräsidium die Genehmigung des Flächennutzungsplans zumindest in diesem Punkt versagen wird.

**GRÜNES BÜRO/REGIONALBÜRO MITTLERER OBERRHEIN:**

**DR. DOROTHEA POLLE-HOLL**  
Sophienstr. 58 · 76133 Karlsruhe  
Tel.: 20 31 23 2 · Fax.: 20 31 23 4  
kv.karlsruhe@gruene.de  
Internet: <http://www.gruene-karlsruhe.de>  
Sprechzeiten Mo-Do 9-12 Uhr und Do 20-22 Uhr

**LANDTAGSABGEORDNETE:**

**RENATE RASTÄTTER** · Lenzstraße 10 · 76137 Karlsruhe  
Tel.: 81 25 66 · Fax: 98 12 701  
Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de  
Mitarbeiterin: **GISA RAIB**  
Büro Stuttgart - Tel. 07 11/20 63 68 0 · Mo, Di, Mi 9-17 Uhr

**KREISVORSTAND:**

**MICHAEL BORNER**  
Brauerstr. 45 · 76137 Karlsruhe · Tel./Fax 1205 291  
**HOLM-ERIC FENGLER (Kassierer)**  
August-Bebel-Str. 89 · 76187 Karlsruhe · Tel. 73 12 4  
**BETTINA LISBACH**  
Amthausstr. 33 · 76227 Karlsruhe · Tel. 94 18 45 7  
**MICHAELA MÜLLER**  
Vorholzstr. 52 · 76137 Karlsruhe · Tel. 85 64 36  
**DR. HEIKE PUZICHA-MARTZ**  
Hildebrandstr. 31a · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 43 98  
**TIM WIRTH** · Vorholzstr. 56 · 76137 Karlsruhe · Tel. 82 65 70

**ORTSVEREIN DURLACH:**

**DIETMAR MAIER**  
Pfinztalstr. 85 · 76227 Karlsruhe · Tel. 94 14 96 1  
**DR. HEIKE PUZICHA-MARTZ**  
Hildebrandstr. 31a · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 43 98  
**WOLFGANG SEMMLER**  
Bienleinstorstr. 37 · 76227 Karlsruhe · Tel. 40 62 52  
**GERHARD STOLZ (Kassierer)**  
Eckhardstr. 21 · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 43 23

**ORTSVEREIN NEUREUT:**

**RUTH KIES** · Kirchefeldstr. 89 · 76149 Karlsruhe · Tel. 78 45 67

**ORTSVEREIN OST -**

**OSTSTADT · RINTHEIM · HAGSFELD · WALDSTADT:**  
**SIBYLLE NIES DE ALVA** · Tel. 68 58 64

**ORTSVEREIN**

**RÜPPUR · WEIHERFELD · DAMMERSTOCK:**  
**ULRIKE WALTZ** · Tel. 88 83 18

**FACHSPRECHERINNEN:**

Kinder, Jugend · **MICHAEL BORNER** · Tel. 1205291  
Gesundheit · **DR. MARKUS NITSCHKE** · Tel. 01 71/1229336  
Energie, ökol. Bauen · **ANDREAS RUTHARDT** · Tel. 48 20 38  
Arbeit, Wirtschaft, Ökologie · **KLAUS STAPF** · Tel. 40 32 35  
Verkehr, ÖPNV · **TIM WIRTH** · Tel. 82 65 70

**AK FRAUEN:**

über **DOROTHEA POLLE-HOLL** · Tel. 20 31 23 2

**GRÜNE JUGEND KARLSRUHE:**

**PASCAL RENAUD** · Tel. 70 66 84

**BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:**

**DIETER EMIG** und **GABI SCHILLER**  
Hebelstr. 13 · 76133 Karlsruhe · Tel.: 29 15 5 · Fax: 29 15 6  
Mo-Do 9-13 Uhr und Fr 9-12 Uhr  
gruene@fraktion.karlsruhe.de

Deutsche Post 

Entgelt bezahlt  
76133 Karlsruhe 11

Bei Unzustellbarkeit oder Mängel in der Anschrift,  
Anschriftenberechtigungskarte senden an:

**GRÜNE · Sophienstraße 58 · 76133 Karlsruhe**

**GEMEINDERATSMITGLIEDER:**

**HARRY BLOCK** · Abfall, Energie, techn. Umweltschutz, ÖPNV  
Fritz-Erler-Str. 11 · 76133 Karlsruhe · Tel. 37 46 08  
**CHRISTA CASPARI (Fraktionssprecherin)**  
Jugend, Soziales, Frauen, Sport  
Richard-Wagner-Str. 6 · 76185 Karlsruhe  
Tel.: 85 38 42 · Fax: 81 11 40  
**MECNUN ÖLMEZ** · MigrantInnen, Flüchtlinge, Integration,  
Schule Kanalweg 44 · 76149 Karlsruhe · Tel. 350071 34  
**DR. GISELA SPLETT (stellvertretende Fraktionssprecherin)**  
Stadtplanung, Kultur, Naturschutz, Verkehr, Tierschutz  
Breslauer Str. 43d · 76139 Karlsruhe · Tel. 96 87 186  
**KLAUS STAPF**  
Wirtschaft und Arbeit, Demokratie, Gesundheit, Verwaltung  
Amthausstr. 22 · 76227 Karlsruhe · Tel. 40 32 35

**GRÜNE REGIONALVERBANDSFRAKTION**

**MITTLERER OBERRHEIN:**

**KLAUS STAPF (Sprecher)** · Tel. 40 32 35

**ORTSCHAFTSRATSMITGLIEDER:**

**DURLACH:**  
**DR. HILDEGUND BRANDENBURG**  
Badenerstr. 21 · 76227 Karlsruhe · Tel. 42 89 8  
**BRIGITTE KEBLER**  
Oberlinstr. 15 · 76227 Karlsruhe · Tel. 44 51 3  
**RALF KÖSTER**  
Säckinger Str. 10 · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 49 89

**GRÖTZINGEN:**

**ALEXANDRA KNÖBL**  
Im Brühl 7 · 76229 Karlsruhe · Tel. 48 30 54  
**EBERHARD DEHNE-NIEMANN**  
Ziegeleistr. 2a · 76229 Karlsruhe · Tel. 48 26 68

**NEUREUT:**

**RUTH KIES**  
Kirchefeldstr. 89 · 76149 Karlsruhe · Tel. 78 45 67

**WETTERSACH:**

**MARJETTE GÄB**  
Im Kloth 54 · 76228 Karlsruhe · Tel. 45 33 64

**WOLFARTSWEIER:**

**ROLAND RENGER**  
Am Zündhüte 14 · 76228 Karlsruhe · Tel. 47 12 3

**BANKVERBINDUNG:**

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Karlsruhe  
Konto 80 33 44 13 00 · BLZ 430 609 67  
GLS Gemeinschaftsbank eG